Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Der Preis für die 34 mm breite Colonel-Anzeigenzeile im Amtsblattbezirk ist [illegible] (Familienanzeigen und Stellengesuche [illegible]), auswärts [illegible], für die 90 mm breite Petit-Reklamezeile [illegible], auswärts [illegible], für die 90 mm breite amtl. Colonelzeile [illegible], auswärts [illegible] Reichspfennig.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. [illegible]
Gemeinde-Giro-Konto: Aue, Erzgeb. Nr. [illegible]

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Lößnitz, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Fernsprecher: Aue [illegible] und [illegible], Lößnitz (Amt Aue) [illegible], Schneeberg [illegible], Schwarzenberg [illegible]. Drahtanschrift: Volksfreund Auerzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart.
Hauptgeschäftsstellen in: Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 9. — **Mittwoch, den 12. Januar 1927.** — **80. Jahrg.**

Amtliche Anzeigen.

Das Verfahren betr. die Zwangsversteigerung der im Grundbuche für Neustädtel, Blatt 163 und 164, auf den Namen des Klempners **Alex Kümmel** in **Neustädtel** eingetragenen Grundstücke wird aufgehoben.

Infolge Rücknahme des Versteigerungsantrags findet der auf den 12. Januar 1927 anberaumte Termin nicht statt.

Amtsgericht Schneeberg, den 10. Januar 1927.

Mittwoch, den 12. Januar 1927, vormittags 11 Uhr, sollen in Raschau **1 vollständiges Bett, 1 Posten Reis, Grieß, Weine und Liköre, Grassamen, 1 Faß Petroleum und 50 Kilo Firnis meistbietend** gegen sofortige Barzahlung versteigert werden. Sammelort der Bieter: „Bad Raschau". [Qu 2804/26

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schwarzenberg.

Nutz- und Brennholzversteigerung.

Breitenhofer Staatsforstrevier.

Mittwoch, den 19. Januar 1927, von vorm. 9 Uhr an, im Gasthof „Zum grünen Baum" in Breitenbrunn:

13 935 w. Klötze 7/15 cm = 634 fm, 3177 dgl. 16/52 cm = 517 fm, 25,5 rm fi. Nutzknüppel, und

von nachmittags 2 Uhr an:

15 rm Brennscheite, 49,5 rm Brennknüppel, 9 rm Zacken, 182,5 rm Aeste. Abt. 53, 109, 110 (Kahlschl.), 1, 2, 3, 13, 14, 29, 30, 33, 34, 41, 42, 49, 50, 102, 116, 121, 124, 127, 144, 145 (Durchf., Plenterung und Bruch).

Forstamt Breitenhof. **Forstkasse Schwarzenberg.**

Die amtlichen Bekanntmachungen sämtlicher Behörden können in den Geschäftsstellen des „Erzgebirgischen Volksfreunds" in Aue, Schneeberg, Lößnitz und Schwarzenberg eingesehen werden.

Dr. Curtius mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Berlin, 10. Jan. (Amtlich.) Der Reichspräsident empfing heute in den Abendstunden den Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius und erteilte ihm den Auftrag zur Neubildung der Reichsregierung. Dr. Curtius nahm den Auftrag entgegen, behielt sich aber seine endgültige Entschließung über die Uebernahme der Kabinettsbildung vor, bis sich das Ergebnis der sofort einzuleitenden Verhandlungen mit den Fraktionen des Reichstages übersehen läßt.

Die Vorverhandlungen.

Berlin, 10. Jan. Im Laufe des Nachmittags hat der Reichspräsident den Grafen Westarp (Dnatl.) und den Abg. v. Guérard (Ztr.) empfangen. Die Verhandlungen zwischen den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei führten zu dem Ergebnis, daß Dr. Curtius nach seiner Betrauung durch den Reichspräsidenten die Zustimmung beider Parteien zu weiteren Verhandlungen über die Möglichkeit einer Kabinettsbildung hat. Sofort nach seiner Betrauung wird sich Dr. Curtius in einer Erklärung darüber äußern, in welcher Richtung er seine Bemühungen aufnehmen wird.

• •

Das Programm des Dr. Curtius.

Gemeinschaftsarbeit mit der Deutschnationalen Volkspartei.

Berlin, 10. Jan. Dr. Curtius teilte dem Vertreter des Wolffbüros über die Ausführung des Auftrages zur Regierungsbildung folgendes mit: Der Plan der Großen Koalition, der vor dem Sturz des Kabinetts Marx die parlamentarische Lage beherrschte, ist durch die bekannten Ereignisse zerschlagen worden. Stetigkeit der deutschen Politik setzt aber nach wie vor die Bildung einer Mehrheitsregierung voraus. Infolgedessen müssen Brücken nach rechts geschlagen werden. Graf Westarp hat vor der Abstimmung über das sozialdemokratische Mißtrauensvotum erklärt, daß es sich bei der Stellungnahme der Deutschnationalen Volkspartei nicht um die Regierungspolitik handele, sondern lediglich um die Klärung der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse. Es gilt, auf den Grundlagen der bisherigen Politik der Mitte Gemeinschaftsarbeit mit der Deutschnationalen Volkspartei zu ermöglichen. Die Presseveröffentlichungen der letzten Zeit dürfen von diesem Plan nicht abschrecken. Die Lösung der Krise erfordert Verhandlungen der verantwortlichen Instanzen der Parteien. Solche Verhandlungen von der Mitte nach rechts zu führen, bin ich von dem Herrn Reichspräsidenten beauftragt. Wenn sie gelingen, werden sie nicht zu einem „Besitzbürgerblock" führen. Auch eine Regierung mit den Deutschnationalen wird das Gemeinwohl und die sozialen Notwendigkeiten schützen wie die bisherige Regierung der Mitte.

•

Berlin, 10. Jan. Einem Vertreter der „Tägl. Rundschau" erklärte Dr. Curtius u. a.: Seit meiner ersten Besprechung bei dem Reichspräsidenten habe ich an dem Plane festgehalten, eine Regierung von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen zu ermöglichen. Ich habe keinerlei Verhandlungen nach links eingeleitet oder geführt. Abweichende Gerüchte, die darüber, sogar unter Nennung einer angeblichen Ministerliste, in die Presse gelangt sind, entbehren der Grundlage. Ebenso unbegründet sind die Mutmaßungen und Aeußerungen über angebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen mir und dem Fraktionsvorstand der Deutschen Volkspartei. In dessen gestriger Sitzung, an der Dr. Stresemann und ich teilnahmen, wurde eine einmütige Auffassung der Lage festgestellt. Der Fraktionsvorstand hat alle bisherigen Schritte, die seine Vorsitzenden und ich unternommen haben, einmütig gebilligt.

•

Berlin, 11. Jan. Zu der Beauftragung des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius mit der Kabinettsbildung erklärt die Deutschnationale Volkspartei, daß der Auftrag, durch Verhandlungen mit der Deutschnationalen Volkspartei eine feste Regierungsgemeinschaft zu bilden, den einzigen Weg weise, auf dem die Lösung der Regierungskrise möglich sei. Beim Zentrum liege nunmehr die Entscheidung. — Ueber die Haltung des Zentrums gibt die „Germania" keinen Aufschluß, sondern weist darauf hin, daß, wie angekündigt, der Fraktionsvorstand des Zentrums heute zu dem Versuche des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius Stellung nehmen werde. — Die „Tägl. Rundsch." teilt mit, daß es sich bei der gestrigen angeblichen Besprechung zwischen Dr. Scholz und Dr. Curtius auf der einen und dem Grafen Westarp und dem Abg. Lindeiner-Wildau auf der anderen Seite nur um eine zufällige Begegnung gehandelt habe, bei der Verhandlungen irgendwelcher Art über die Regierungsbildung nicht geführt worden seien.

Der „Demokratische Zeitungsdienst" schreibt: Die Freunde der Rechtsregierung rechnen allem Anschein nach mit einem Verbleiben des Reichswehrministers Dr. Geßler in einer Rechtsregierung. Das heißt, die Rechnung ohne Geßler gemacht zu haben. Es darf daran erinnert werden, daß der Reichswehrminister schon bei der Bildung des zweiten Kabinettes Luther vor einem Jahr erklärt hat, daß er an einer Rechtsregierung nicht teilnehmen würde. Soweit wir unterrichtet sind, hat sich an dieser Auffassung des Reichswehrministers Geßler bis heute nichts geändert.

•

München, 10. Jan. Heute sprach in einer Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei der Reichstagsabgeordnete Geheimrat Dr. Quaatz über die Lage. Er sagte, daß das System der Mitte, an dem das politische Leben in Deutschland kranke, in die Brüche gehen werde. Auch in Deutschland müsse eine Auseinandersetzung zwischen allen nationalen Volkskräften im weitesten Sinne auf der einen Seite und der volks- und wirtschaftszerstörenden Sozialdemokratie und dem Kommunismus auf der anderen Seite stattfinden. Andere Völker seien uns darin weit voraus. Vergeblich versuche man, dieser Entscheidung auszuweichen. Heute handele es sich darum, die von außen und innen schwer gefährdete Souveränität des deutschen Staates zu stabilisieren. Wer die Deutschnationale Volkspartei aus der Leitung des deutschen Staates ausschalten wolle, verewige die Schwäche und das Elend des heutigen Zustandes. Nach einigen außenpolitischen Ausführungen erklärte Dr. Quaatz, daß unter der heutigen Systemlosigkeit namentlich Bayern schwer gelitten habe, obwohl gerade der bayerische Staat sich zum Reich viel legaler stelle als beispielsweise Preußen

Kanzlerkandidaten.

Die Sozialdemokratie bringt sich in Erinnerung.

Der Kanzlerkandidat Nr. 1, Dr. Curtius, ist sich der Schwierigkeiten der Kabinettsbildung vollauf bewußt. Er nahm, so heißt es, den Auftrag des Reichspräsidenten entgegen und behielt sich seine endgültige Entschließung über die Uebernahme der Kabinettsbildung vor. Dies kann nur so verstanden werden, daß er nicht angenommen hat, sondern erst Sicherheit haben will, ob die anderen, d. h. nach Lage der Dinge das Zentrum, von der Partie sein wollen. Es geht also daraus hervor, daß trotz der langen Zeit, die Hindenburg zur Ueberlegung gegeben hatte (oder vielleicht gerade deswegen) eine Einigung mit dem Zentrum noch nicht erreicht worden ist. Ob Dr. Curtius den Widerstand des zahlenmäßig maßgebenden Wirth-Flügels dieser Partei brechen kann, steht dahin. Die Aussichten sind nicht günstig, wenn man sich die kürzliche Erklärung des Dr. Marx vor Augen hält, nach welcher das Zentrum niemals darauf verzichten werde, die Führung, also auch den Kanzlerposten, aus den Händen zu geben.

•

Die Zeitungen sind dementsprechend weiter voll von Zukunftskombinationen. U. a. wird als Kandidat Nr. 2 der Reichsarbeitsminister Brauns genannt, der bekanntlich katholischer Priester ist. Auf deutschnationaler Seite soll diese Kandidatur nicht abgelehnt werden, da sich Brauns bei vielen Gelegenheiten als durchaus national gezeigt hat. Dagegen soll er bei dem schwerindustriellen Teil der Deutschen Volkspartei seiner wirtschaftlichen Einstellung wegen wenig Entgegenkommen finden.

•

Vorläufig geht die Reise jedenfalls in Richtung der nationalen und christlichen Belange. Darüber ist die Linke in große Verlegenheit gekommen. Während sich die Demokratie zurückhält und in ihrer Presse nur in bewegliche Klagen darüber ausbricht, daß der Reichspräsident darauf verzichtet hat, sich auch mit ihr in Verbindung zu setzen, veröffentlicht der sozialdemokratische Parteiausschuß eine Erklärung, die sich keineswegs wie eine Fanfare, sondern wie ein friedliches Säuseln anhört. Es heißt darin:

> Der Parteiausschuß billigt die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die bereit war, mit den auf dem Boden der republikanischen Verfassung stehenden Parteien in die Reichsregierung einzutreten. Der Parteiausschuß hält auch heute an dieser Bereitschaft fest. Er wird dabei zunächst geleitet von der Erwägung, daß die Politik von Genf und Thoiry fortgesetzt werden muß mit dem nächsten Ziel der Befreiung des Rheinlandes. Er betonte des weiteren die Notwendigkeit, gerade im Interesse der Reichswehr selbst ihre Entpolitisierung, insbesondere durch vollständige Unterbindung aller Zusammenhänge mit den vaterländischen und Wehrverbänden durchzuführen und sie unter Verzicht auf jede selbständige Politik auf ihre militärischen Aufgaben zu beschränken. Der Parteiausschuß weist auf die dringende Notwendigkeit hin, die Sozialpolitik fortzuführen und insbesondere durch schleunigste Verwendung des Arbeitszeitgesetzes den Achtstundentag zu sichern.

•

Was insbesondere der Passus über die Reichswehr anlangt, so ist er gegenüber der Scheidemannschen Ephialtesrede als glatter Rückzug anzusehen. Die Herren wollen auf einmal alles nicht so schlimm gemeint haben. Freilich wird man sich durch diese auf das Zentrum berechnete Taktik der Nachgiebigkeit nicht täuschen lassen dürfen, denn es ist zweifellos, daß die Kralle sofort wieder zum Vorschein kommen würde, wenn sich die Sozialdemokratie die gewünschte Anzahl Regierungssitze gesichert haben würde. Deshalb ist es schon besser, erst keine Versuche mit den Genossen zu machen. Sie haben in der Tat auch wenig Aussicht, in die engere Wahl als Regierungsteilnehmer zu kommen. Aber ebenso muß es abgelehnt werden, daß eine Regierung der Mitte gebildet wird, bei der wie bisher die Sozialdemokratie stille Teilhaberin ist. Wie es scheint, ist der Widerstand der Deutschen Volkspartei gegen eine solche Lösung so stark, daß sie wohl nicht in Frage kommt.